

CARL DAHLHAUS

Anmerkungen zur Sprache der Wissenschaftspolitik

Wer gezwungen ist, sich auf Wissenschaftspolitik einzulassen — und es ist schwierig geworden, sich dem Zwang zu entziehen, auch wenn man nach Natur und Temperament eigentlich zu den Einsiedlern gehört —, wird zunehmend von einem Widerspruch gequält, der ebenso unumgänglich zu sein scheint, wie er korrumpierend ist: von dem Konflikt zwischen der Sprache, die dem Sachverhalt wissenschaftlich angemessen wäre, und der Redeweise, durch die man ihn maskiert, um den Verwaltungskategorien einer Bürokratie zu genügen, die über die Finanzierung von Wissenschaft entscheidet. Wissenschafts- und Verwaltungssprache klaffen auseinander und sind doch andererseits zu einem Ausgleich gezwungen, weil sich eine Wissenschaft, die Subventionen braucht, vor einer Bürokratie rechtfertigen muß, die über den öffentlichen Nutzen von Projekten urteilt, und weil umgekehrt eine Bürokratie, deren wissenschaftliche Sachkenntnis mangelhaft ist, auf Experten angewiesen bleibt, um nicht der Inkompetenz überführt zu werden.

Es scheint nun, als bestehe die Lösung des Konflikts, der die Wissenschaftspolitik zu einem peinigenden Unterfangen macht, in nichts anderem, als daß man zwischen der Rationalität der Verwaltungskategorien und der Rationalität der Expertenurteile eine Vermittlung herzustellen trachtet, zu deren entscheidenden Voraussetzungen eine Präzisierung der Sprache gehört, in der man sich miteinander verständigt. Die Hoffnungen, die auf wachsende Exaktheit gesetzt werden, erweisen sich jedoch als trügerisch, ohne daß die Enttäuschung ein Grund zur Verzagtheit wäre.

Das Kriterium der Übertragbarkeit, auf das eine am Begriff des Präzedenzfalls orientierte Bürokratie dringen muß, ist schlechterdings unvereinbar mit der Tatsache der qualitativen Besonderheit jedes Einzelfalls, den eine Wissenschaft, die ihren Gegenstand ernst nimmt, nicht aus dem Auge verlieren darf. Und ich möchte zu zeigen versuchen, daß in dem schiefen Dialog zwischen Wissenschaft und Verwaltung die Chance der Vernunft gerade nicht in einer Vermittlung zwischen der Exaktheit der Verwaltungs- und der Exaktheit der Wissenschaftssprache liegt, sondern in der oft beklagten Unexaktheit, einer Unexaktheit, die ein Merkmal politischer Begriffe ist. Ein Exkurs über politische Begriffe unter demokratischen Prä-

müssen, scheinbar eine Abschweifung vom Thema, erweist sich demnach als unumgänglich.

Politische Kategorien, zumindest die zentralen umgangssprachlichen, sind fast immer durch eine Vagheit, einen Mangel an Umrißschärfe gekennzeichnet, durch den sie sich von einer wissenschaftlichen Terminologie, jedenfalls dem Ideal einer wissenschaftlichen Terminologie, schroff unterscheiden, und zwar, wie es scheint, zu ihrem Nachteil. Ein Ausdruck wie „Chancengleichheit“ läßt es offen, ob es sich um Anfangs- oder Endchancen, um Gleichheit der Bedingungen oder der Resultate handelt, ob also die Ungleichheit des Talents durch zusätzliche Stützen für die Schwachen ausgeglichen werden soll oder nicht. Die Forderung nach Präzisierung aber, die ein Soziologe erheben könnte, bleibt im Bereich der Politik abstrakt und nutzlos, wenn sie nicht von einem Bewußtsein der Rolle getragen wird, die ein Begriff spielen soll. Exaktheit ist kein feststehendes Kriterium, sondern eine Funktion des Zwecks, für den sie bestimmt ist: Eine Ortsangabe, die für ein Rendezvous genügt, ist nicht den Regeln unterworfen, denen eine physikalische Messung entsprechen muß.

Analysiert man aber politische Begriffe unter pragmatischen Voraussetzungen, statt sie an einer Idee von wissenschaftlicher Exaktheit zu messen, so zeigt sich, daß die Vagheit, die ihnen anhaftet, eine Vagheit, die zunächst ein Ärgernis darstellte, durchaus ihren Zweck erfüllt: den Zweck nämlich, Kompromisse möglich zu machen, statt Konflikte auszulösen. Auseinanderstrebende Meinungen und Intentionen sollen in einer Kategorie, die dadurch selbstverständlich an Umrißschärfe einbüßt, gebündelt werden.

Die pragmatische Adäquatheit politischer Kategorien darf also nicht an dem Ideal semantischer Exaktheit gemessen werden, von dem manche Wissenschaftler in falscher Verallgemeinerung ihres Metiers glauben, sie sei das Maß aller Dinge. Und ein Beispiel, das die Divergenz zwischen wissenschaftlichen und politischen Begriffen ebenso kraß zutage treten läßt wie die Ursachen, in denen sie begründet ist, bildet die Sprache des „wissenschaftlichen Sozialismus“. Die auffällige Vagheit ästhetischer Kategorien wie „Realismus“ und „Widerspiegelung“ wurde oft beklagt, ohne daß man sich bewußt machte, daß sie das Zeichen einer Umwandlung von wissenschaftlichen in politische Kategorien ist, und zwar einer Umwandlung, über die man sich befriedigt zeigen sollte, statt sie zu beklagen. Denn gerade die Aushöhlung der Nomenklatur verrät eine relative Liberalität: Man schließt auch in sozialistischen Ländern, statt sich dem Diktat einer exakten Interpretation von „Realismus“ und „Widerspiegelung“ beugen zu müssen, ästhetische Kompromisse, die Platz für Divergenzen lassen, ohne

daß der Schein eines prinzipiellen Einverständnisses zerstört würde. Und das besagt nichts anderes, als daß man sich politisch verhält, statt auf eine Exaktheit der Sprache zu dringen, die vielleicht wissenschaftlich wäre, aber jedenfalls das Risiko einer Unterdrückung von Abweichungen einschließen würde. Die Vagheit politischer Begriffe ist also — als Bedingung von Kompromissen — ein Symptom für die Existenz von Fraktionen, die unter der Voraussetzung geduldet werden, daß sie sich nicht als solche offen deklarieren. Und der Preis für eine Präzisierung wäre demgegenüber entweder — unter demokratischen Bedingungen — der Konflikt oder aber — unter nicht-demokratischen — die Unterdrückung.

Die Verschwommenheit der Begriffe, mit denen Politik gemacht wird, jedenfalls eine Politik, die auf Kompromisse zielt, ist demnach kein zufälliger Mangel, durch den sich ein Wissenschaftler zu korrigierenden Eingriffen herausgefordert fühlen müßte, sondern ein Strukturmerkmal, das in der Funktion der Kategorien wurzelt. Und die Wissenschaftspolitik bildet keineswegs eine Ausnahme von der Regel, obwohl die Exaktheit der wissenschaftlichen Sprache quer steht zur Unexaktheit der politischen, einer absichtsvollen Unexaktheit, die streng genommen eine andere Form von Exaktheit, nämlich eine pragmatische, darstellt.

Das Mißtrauen gegen Vagheit, das er als Wissenschaftler empfindet, sollte einen Wissenschaftspolitiker nicht an der Einsicht hindern, daß in der Auseinandersetzung zwischen Wissenschaft und Bürokratie die politische Sprache, bei der sich alle etwas denken können, wenn auch jeder etwas anderes, eher eine Zuflucht für die wissenschaftliche Vernunft bildet als die Präzision von Verwaltungskategorien. Es ist, zynisch formuliert, durchaus nützlich, daß man sich nicht allzu genau versteht. Und daß sich zwischen Wissenschaft und Bürokratie zunächst und in erster Instanz eine Nomenklatur herausbildet, die aus verwischten Kompromißformeln besteht, ist ein Zustand, den man keineswegs ändern, sondern als einen politischen begreifen sollte. Die vage Terminologie ist zweifellos das geringere Übel gegenüber der Anpassung an Verwaltungskategorien, deren Exaktheit, so attraktiv sie für manche Wissenschaftler sein mag, das Risiko der Entfremdung von der wissenschaftlichen Vernunft einschließt, einer Vernunft, die gerade an Stellen, wo entscheidende Schritte getan werden, eine Reglementierung nicht erträgt, ohne Schaden zu nehmen. Mit anderen Worten: Wer überzeugt ist, daß Wissenschaft ohne das Unerwartete und nicht Voraussehbare, ohne die Möglichkeit, Umwege einzuschlagen, in leere Betriebsamkeit übergehen würde, sollte sich lieber der Vagheit politischer Begriffe anvertrauen — einer Vagheit, die er zudem vor dem wissenschaftlichen Gewissen als pragmatische Exaktheit rechtfertigen

kann —, als daß er sich von der Präzision von Verwaltungskategorien einfangen läßt — in der vergeblichen Hoffnung, daß sich die Rationalität der Wissenschaft und die der Bürokratie am Ende, wenn man sie nur weit genug triebe, als kommensurabel erweisen müßten. Wer mir vorwerfen würde, ich hielte um der wissenschaftlichen Vernunft willen ein Plädoyer für die sprachliche Schlamperei, hätte Recht.

SUMMARY

For reasons of common-sense and to avoid problems of definition, the author thinks it advisable for scholars applying to the authorities for official financial support for their studies, to abstain from professional phraseology and to use every-day language instead.

Prof. Dr. Carl Dahlhaus
Osthofener Weg 17
1000 Berlin 38